

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0226) 21-9038/39
Telex: 8 66 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Dieter Spöri MdB zu Schäubles uneingeschränkter Einladung an deutschstämmige Aussiedler: Chance für Konsens in der Zuwanderungsfrage gefährdet.

Seite 1

Stefan Hilsberg MdB zur Diskussion über den Sitz der Regierung: Ein schmerzhafter Heilungsprozeß!

Seite 3

Dokumentation

Der IG Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler hielt am 17. April in Berlin vor dem Brandenburger Tor eine Rede, die wir in zwei Teilen veröffentlichen: Wir wollen die soziale Einheit (Teil I)

Seite 4

46. Jahrgang / 74

18. April 1991

Chance für Konsens in der Zuwanderungsfrage gefährdet

Zu Schäubles uneingeschränkter Einladung an deutschstämmige Aussiedler

Von Dr. Dieter Spöri MdB

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hat auf der CDU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Stuttgart für die Bundesregierung erklärt, Aussiedler in der Bundesrepublik auch in Zukunft uneingeschränkt aufzunehmen.

Diese Ankündigung nimmt alle Signale aus der Union zurück, daß die Zuwanderung deutschstämmiger Aussiedler auf unsere gesellschaftliche Aufnahmefähigkeit abgestimmt wird.

Während sich in letzter Zeit Stimmen in der CDU mehrten, die nicht unter tatsächlichem Vertreibungsdruck, das heißt massiver Unterdrückung leidenden deutschstämmigen Aussiedler nur noch kontingentiert, unter Abstimmung auf die Aufnahmekapazität im Wohnungsbeziehungsbereich, einwandern zu lassen, was auch der baden-württembergische Innenminister Schlee als Vorsitzender der Innenministerkonferenz forderte, ist das "uneingeschränkte Willkommen" des Bundesinnenministers schlicht verantwortungslos.

Schäuble gefährdet damit die Chancen für einen dringend notwendigen umfassenden Konsens der großen Parteien in der Zuwanderungsfrage.

Das Signal von Schäuble kann nur dazu führen, daß sich der soziale Konkurrenzkampf in der Bundesrepublik bei heute schon fehlenden 2,5 Millionen Wohnungen auf Bundesebene extrem verschärft.

Angesichts der in den östlichen Bundesländern dramatisch steigenden Arbeitslosigkeit ist diese uneingeschränkte Einladung zur Zuwanderung von Aussiedlern auch arbeitsmarktpolitisch gefährdet.

Der Aussage von Innenminister Schäuble, daß die Unterbringung von Aussiedlern unproblematisch sei, widerspricht krass die Realität: Gerade die deutschstämmigen Aussiedler stehen mit ihren gehobenen Wohnansprüchen in direkter massiver Konkurrenz zu den Einheimischen, die schon jahrelang vergeblich eine preiswerte Wohnung suchen - vor allem im Bereich der unteren Einkommen und sozial Benachteiligten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressahauss 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos! Die Post
mit dem besten Rabatt
Regierung-Presse



Diese Entwicklung ist gefährlich, wenn man die Zahlen der Einwanderungsbewegung betrachtet: Allein in den letzten drei Jahren kamen eine Million Aussiedler in die Bundesrepublik. Dabei war der Zustrom von Aus- und Übersiedlern zwei- bis dreimal so stark wie die Zuwanderung von Asylbewerbern. Dabei warten allein in der Sowjetunion über zwei Millionen Menschen, die sich auf ihre Deutschstämmigkeit berufen, auf eine Einreise in die Bundesrepublik.

Wer zu Recht über Fehlentwicklungen bei der rein ökonomisch motivierten Zuwanderung von Asylbewerbern wegen enormer Unterbringungsprobleme klagt, wird dann völlig unglaubwürdig, wenn er andererseits in der Unterbringung eines dreimal so starken Aussiedlerzustroms kein Problem sieht und als verantwortlicher Bundesminister schrankenloser Zuwanderung das Wort redet.

Ich halte nach wie vor eine konstruktive und schnell wirksame Zusammenarbeit von SPD und CDU in der Frage eines einheitlichen Flüchtlingsrechts für ganz Europa sowie kurzfristig wirksame Kontingentierungsmaßnahmen bei Aussiedlern für unabdingbar. Mit der jetzt von Bundesinnenminister Schäuble demonstrierten Einseitigkeit haben sich die Chancen dafür leider erheblich verschlechtert.

(-/18. April 1991/rs/fr)

Ein schmerzhafter Heilungsprozeß! Zur Diskussion über den Sitz der Regierung

Von Stephan Hilsberg MdB

In allen Fraktionen finden dieser Tage Diskussionen über den Sitz der Regierung und des Parlaments statt. Die sind heiß, gehen ans Eingemachte. Das ist auch kein Wunder angesichts der strategischen Bedeutung dieser Entscheidung.

Ich will es gleich sagen, ich bin parteiisch, wie jeder. Ich bin für Berlin. Nicht weil ich Berliner bin, oder etwa Ossi, oder weil ich nicht rechnen kann. Ich halte das schlicht für selbstverständlich. Darüber habe ich mir nie Gedanken gemacht. Doch jetzt erlebe ich die Wucht der Bonn-Befürworter mit Nachdruck. Es fällt schwer den sachlichen Extrakt ihrer Argumente zu finden. Hier müssen andere Gründe mit im Spiele sein. Für konkrete Gründe kann man Verständnis aufbringen, etwa Strukturkrise im Rhein-Gebiet, soziale Härten für die Bonn-Anwohner und die vielen Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Aber insgesamt rührt die Verlegung der Hauptstadt am Nerv der alten Bundesrepublik. Der Gedanke schmerzt, rüttelt zu sehr an Vertrautem.

Offenbar kann auch ein Heilungsprozeß schmerzen. Eine tiefe Wunde, wenn sie heilt, schmerzt eben auch. Da muß man durch. Und das können wir unseren Brüdern und Schwestern im alten Bundesgebiet nicht ersparen.

Bonn stand jahrzehntelang für Vertrauen und Glaubwürdigkeit einer neuen gefestigten, selbstbestimmten, deutschen Demokratie. Es ist ihr gelungen das Trauma der Vergangenheit zu bewältigen und wieder Ansehen zu erlangen und einen gewissen Stolz, trotz Handicap eines geteilten Deutschlands mit dem man leben mußte. Jahrzehntelang wurde von Bonn aus der Anspruch postuliert alle Deutschen zu vertreten, extrem formuliert in der Hallstein-Doktrin. Man war sich des Verlustes der Einheit bewußt und machte dennoch reale Politik ohne Sentimentalitäten. Oder etwa nicht... Sollten die ganzen Beteuerungen beispielsweise für Berlin als Hauptstadt eines dereinst wiedervereinigten deutschen Vaterlandes nur sentimentale Remiszenzen an alte Zeiten sein? Waffe im Kalten Krieg, der eigentlichen Bewährungsprobe?

Von den ehemaligen DDR-Bürgern wurde das zumindest so nicht empfunden. Jetzt empfinden sie sich als betrogen. Und das mit Recht. Erst hält der Staat nicht, was er wirtschaftspolitisch fahrlässig versprochen hatte. Jetzt behält er sich das Symbol des wiedervereinigten Deutschlands vor. Erklärt hochheilige Versprechungen zur Makulatur.

Bedarf es etwa noch eines weiteren Beweises zur eigentlichen Hilfsunwilligkeit des Westens? Wie kann man da im Osten die feinen, gelegentlich differenzierten Untertöne vernehmen. Die Botschaft ist klar und eindeutig: Nein zum Wiederaufbau, Nein wir geben nichts ab, Nein, nicht mehr als unbedingt nötig.

So wird es gesehen werden im Osten, wenn dereinst die Entscheidung gegen Berlin als wirklicher Hauptstadt fallen sollte. Es wird kaum registriert werden, daß die, die sich schwertun mit Berlin als Hauptstadt sich in Wirklichkeit wehren gegen ein verändertes Deutschland, gegen die Bewußtmachung von gravierenden Veränderungen. Wir sind eben alle Menschen, die sind nicht einfach. Zum ganzen Menschen gehört Körper und Geist. Mit dem Geist haben wir begriffen. Das Herz, es wehrt sich zutiefst. Es scheint ihnen schwer zu fallen, den Menschen im Westen. Ich kanns ihnen nicht verdenken. Aber sie müssen da durch. Sonst waren die letzten vierzig Jahre der alten Bundesrepublik die guten vierzig. Den Schaden haben wir alle. Wenn sie es doch nur begreifen könnten.

(-/18. April 1991/rs/f)

DOKUMENTATION

Franz Steinkühler: Wir wollen die soziale Einheit (Teil I)

Der IG Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler hielt am 17. April in Berlin vor dem Brandenburger Tor eine Rede, die wir in zwei Teilen veröffentlichen.

Wieder einmal eine Kundgebung am Brandenburger Tor. Der friedliche Protest der Bürger vom November 1989 hat das Brandenburger Tor wieder von beiden Seiten passierbar gemacht. Die Grenzen aus Mauern und Stacheldraht sind inzwischen beseitigt. Dieser Ort hier war vor wenig mehr als einem Jahr für die Menschen ein Ort der Freude über die wiedergewonnene politische Einheit. Er war auch ein Ort der Hoffnung. Der Hoffnung auf eine gemeinsame und bessere Zukunft. Wir stehen heute hier, weil wir diese Hoffnung nicht aufgeben. Wir wollen nicht, daß Deutschland nach der Überwindung der politischen Spaltung erneut gespalten wird.

Wir wollen keine soziale Spaltung. Wir wollen die soziale Einheit.

Deswegen sind wir zusammengekommen. Dafür erheben wir unsere Stimme! Wir wollen, daß die soziale Einheit auf der politischen Tagesordnung erste Priorität findet. Es war der Protest der Bürger, der demokratische Verhältnisse in Ostdeutschland durchgesetzt hat. Der jetzt wieder erwachte Bürgerprotest zielt nicht auf den Sturz einer Regierung. Er zielt auf die einschneidende Änderungen der Politik der Regierenden. Wir sind nicht bereit, die soziale Spaltung Deutschlands hinzunehmen! Wir sind nicht bereit, uns weiter mit Versprechungen abspesen zu lassen.

Wer gestern die politische Wende begrüßt hat, der muß heute die soziale Wende wollen!

Wir wollen mit unserer Demonstration daran erinnern, daß Regierungsverantwortung im wahren Sinne des Wortes auch ein Regieren mit Verantwortung bedeutet: Konkret geht es um die Verantwortung für gesicherte Lebens- und Arbeitsperspektiven der Menschen in Ostdeutschland.

Was soll werden mit den Frauen, mit den Jugendlichen, mit den 50jährigen? Auf diese Fragen wollen wir kein bedauerndes Schulterzucken, sondern verlässliche Antworten. Daran zeigt sich, ob Worte wie Solidarität und Gemeinsamkeit konkrete Verpflichtung oder wohlfeile Beruhigung sind.

Ich kann leider nicht sehen, daß wir mit unserem Anliegen bei der Bundesregierung bereits vor offenen Türen stehen. Im Gegenteil: Noch heute fühlen sich die Regierenden in ihren Absichten von uns falsch verstanden. Das Verstehen beginnt beim Menschen, beim einzelnen Menschen.

Wer das nicht begreift

- der begreift nicht, warum sich Menschen plötzlich in Bewegung setzen. Der hält den Protest von Hunderttausenden dann für bössartige Agitation einiger Westgewerkschafter. Der hält es dann für undenkbar, wenn Menschen neben der Demokratie auch Arbeit und Brot haben wollen.

Hier steht keiner auf dem Platz, der Privilegien für sich fordert und für seine Klientel.

- Hier fordert keiner Steuergeschenke.
- Hier fordert keiner Gehaltszuschläge für seine Bereitschaft, im Osten Deutschlands auszuheilen, so lange es Lücken zu füllen gibt.
- Hier fordert keiner gesicherte Verdienstspannen, wie die Pharmaindustrie.
- Hier fordert keiner Almosen ohne Gegenleistung.

Wir wollen unsere Steuern und Sozialversicherungsbeiträge selbst verdienen. Einer von denen, die nichts verstehen, ist zum Beispiel der bayerische Ministerpräsident (Max Streibl). Er rügte unsere vermeintliche Maßlosigkeit. Die Westdeutschen, so sagte er, hätten sich nach 1949 hauptsächlich auf ihre eigene Kraft verlassen. Ihr Arbeitsleben habe damals nicht mit Arbeitszeitverkürzung, mit Spanienreisen, und mit neuen Autos vor ihren Türen begonnen. Soviel Unverständnis oder politische Borniertheit kann einen sprachlos machen. Das Arbeitsleben hier im Osten Deutschlands begann 1945 nicht anders als im Westen. Die Menschen waren genauso froh, wieder aus den Bombenlöchern herauszukommen. Ihr habt genauso geschuftet und Ihr habt genauso gehungert. Aber die Menschen in Ostdeutschland haben einen bedeutenderen Teil der deutschen Kriegsschuld getragen. Er hat aus ihnen letztlich die armen Brüder und Schwestern im Osten gemacht. Ihr im Osten Deutschlands habt Euren Teil zur Erneuerung der Demokratie auf der Straße beigetragen. Ihr bringt den Willen zur Demokratie in das geeinte Deutschland ein. Den Willen, die Ärmel hochzukrempeln und anzupacken.

Keiner auf diesem Platz ist sich zu fein zum sprichwörtlichen in die Hände spucken. Aber wir alle möchten gemeinsam, daß Ihr nicht länger wie die armen Verwandten aus dem Osten behandelt werdet. Daß die Menschen in den fünf neuen Bundesländern nicht von heute auf morgen den westlichen Lebensstandard haben werden, wissen sie selbst am besten. Da bedarf es keiner oberlehrerhaften Belehrungen aus Bayern oder sonstwo. Aber in der Demokratie hat der Einzelne auch Rechte. Wir lassen uns nicht abschieben in die Schlangen vor den Arbeits- oder gar Sozialämtern, so lange es Alternativen gibt.

(-/18. April 1991/rs/tr)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)
